

Mehr als nur Routine: Iran wählt ein neues Parlament

Henner Fürtig

Am 2. März 2012 waren in Iran circa 48 Mio. Wahlberechtigte aufgerufen, über die Zusammensetzung des neunten Parlaments seit der islamischen Revolution von 1979 abzustimmen. Obwohl im April 2012 eine zweite Runde in jenen Wahlbezirken stattfinden wird, in denen es keinem Kandidaten gelang, mehr als 25 Prozent der Stimmen auf sich zu vereinen, gilt der grundsätzliche Wahlausgang bereits nach der ersten Runde als sicher.

Analyse

Unter den Bedingungen zunehmender internationaler Isolation und – nicht zuletzt dadurch bedingter – erheblicher sozialer und ökonomischer Probleme Irans wurden die Parlamentswahlen im Kern von zwei Fragen beherrscht: Wird die iranische Bevölkerung trotz der bedrückenden Erfahrungen mit den Präsidentschaftswahlen von 2009 mehrheitlich ihre Stimme abgeben? Werden sich das heterogene oppositionelle Parlamentslager und namentlich die Anhänger Präsident Ahmadinejads behaupten können? Das Wahlergebnis lässt folgende Schlüsse zu:

- Mit einer Wahlbeteiligung von über 60 Prozent sowie erheblichen Stimmenverlusten der Reformer und der Anhänger Mahmud Ahmadinejads konnte die Kernfraktion des Regimes um Revolutionsführer Khamenei einen Erfolg verbuchen.
- Die Beständigkeit des Erfolges bleibt aber fraglich, weil sich das Regime fraktionell verengt und seine Basis geschwächt hat. Abstriche am seit 1979 konstitutiven Dualismus des Staatsapparates schmälern seinen Spielraum.
- Innerhalb des „Pro-Khamenei-Lagers“ gewannen pragmatische Konservative die meisten Stimmen. Nach Erfahrungen bisheriger Parlamentswahlen zeichnet sich dadurch möglicherweise bereits eine Richtungsentscheidung für die nächsten Präsidentschaftswahlen ab.
- Die Wahlen vertieften den Trend der Machtkonzentration in sicherheitsrelevanten Institutionen des Staates. Das Büro des Revolutionsführers, das Geheimdienstministerium, die Revolutionsgarden und die Justizgewalt sind die entscheidenden Machtorgane der Islamischen Republik Iran.

Schlagwörter: Iran, Parlamentswahlen, Opposition, Krise

Ausgangsbedingungen

Die höchst umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 12. Juni 2009 leiteten nicht nur die bisher schwerste innenpolitische Krise der Islamischen Republik Iran seit ihrer Gründung ein, sondern sie versahen auch alle folgenden Wahlen mit einem zweifachen, für Organisatoren und Wahlvolk unterschiedlich gewichtigen Handicap.

Auf der einen Seite stand die islamische Führung, die befürchtete, dass sich die frustrierten Wählerinnen und Wähler zukünftig mehrheitlich verweigern und ihrem Legitimitätsanspruch damit einen erheblichen Schlag versetzen würden. Immerhin bezog sie einen Gutteil dieses Anspruchs aus der Behauptung, dass sie den Willen des Volkes verkörpere. Die zumeist relativ hohe Wahlbeteiligung schien den Anspruch sogar vordergründig zu bestätigen; in Iran besteht keine Wahlpflicht und der staatliche Druck zur Stimmabgabe erreichte nie die Intensität, welche zum Beispiel in den ehemaligen Ostblockstaaten regelmäßig zu Beteiligungsraten von fast 100 Prozent geführt hatte. Bei Präsidentschaftswahlen war das Interesse tendenziell höher, aber auch Parlamentswahlen bewegten sich mit einer Beteiligung zwischen 51 Prozent (2004) und 71 Prozent (1996) in einem Bereich, der tatsächlich ein substantielles Maß an Legitimität generierte.

Auf der anderen Seite befanden sich die Wähler, deren „Grundvertrauen“ nun schwer beschädigt war, und die von da ab einen neuen „Bewertungsmaßstab“ einführten: Wahlen vor 2009 und – im Sinne einer „Wasserscheide“ – danach, bei denen man wie selbstverständlich mit einem hohen Maß an Intransparenz, starker Reglementierung und kaum verdeckter Manipulation rechnen müsse. Diese Pole steckten den Erwartungs- bzw. Handlungsrahmen für die für Anfang März 2012 anberaumten regulären Parlamentswahlen ab.

Die innenpolitische Krise manifestierte sich vor allem in der Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen Regime und Opposition, die in ihrer Härte und Intensität an die ersten postrevolutionären Jahre erinnerten. Gelang es der klerikalen Führung zwischen 1979 und 1983 – erheblich befördert durch den nahezu zeitgleichen Krieg mit Irak – zunächst, die bürgerlich-liberale und danach peu à peu auch die linke Opposition auszuschalten, so musste sie sich knapp dreißig Jahre später mit der „grünen Bewegung“ zum ersten Mal wieder auf einen Gegner einstellen, der ihre Macht grundsätzlich in Zweifel zog. Folgerichtig bestand ein entscheidendes innenpolitisches Merkmal für die Zeit

„zwischen den Wahlen“ in der gnadenlosen Verfolgung des Widerstandes.

Im Zuge dessen wurden zahlreiche tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle verhaftet, gefoltert oder sogar getötet. Der „grünen Bewegung“ nahestehende Organisationen und Medien wurden verboten, ihre beiden populärsten Führer, Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karrubi, seit Februar 2011 unter strengen Hausarrest gestellt. Das staatliche Fernsehen berichtete live von Dutzenden Schauprozessen, in denen den Angeklagten im Kern immer wieder „Aufwiegelung“ und „Konspiration gegen die Islamische Republik“ vorgeworfen wurde. Nach den Gesetzen dieser Republik wäre derartigen Personen auch vor 2009 das Wahlrecht verweigert worden, aber Revolutionsführer Ali Khamenei dehnte das Verbot nun auch auf diejenigen aus, die bisher zum Regime gezählt hatten, sich von dessen Grundprinzipien aber abgewendet hätten. Das zielte klar auf die erwähnten Arrestanten Mussawi und Karrubi, die in der Vergangenheit immerhin Ministerpräsident bzw. Parlamentssprecher gewesen waren.

Ein weiteres Merkmal offenbarte sich im beschleunigten Machtzuwachs aller für die Sicherheit des Staates zuständigen Institutionen, namentlich der Revolutionsgarden (Pasdaran), die neben ihrem großen ökonomischen Einfluss auch ihre politische Machtposition erheblich ausbauen konnten. So ist es seit Bestehen der Garden beispiellos, dass sich ihr Kommandeur direkt politisch artikuliert. Im Sommer 2011 erklärte Mohammad Ali Jafari, dass der Gesetzgeber die Revolutionsgarden nicht nur auserkoren habe, geltendes Recht gegen „Terroristen und Abtrünnige“ durchzusetzen, sondern dass er selbst diesem Personenkreis auch das Recht abspreche, sich direkt oder indirekt an den bevorstehenden Parlamentswahlen zu beteiligen. Ungeachtet seiner Herkunft und Position müsse sich jeder Kandidat unzweideutig von „jeder Art von Abweichung“ distanzieren (Bakhash 2011: 4).

Das in seiner Wirkung wohl weitreichendste politische Krisenmerkmal zeigte sich jedoch in den zahlreicher und breiter gewordenen Rissen im Regime selbst. In der von Ayatollah Khomeini, dem „Vater der Revolution“, angelegten dualen Konstruktion seiner Islamischen Republik liegt die Ursache für die seit 1979 andauernden, heftigen – bisweilen fast paralysierenden – Kämpfe zwischen den verschiedenen Fraktionen des Regimes um Tempo und Kurs der Revolution, aber natürlich auch um eigene Machtpositionen. Summarische Zuweisungen unterschieden zunächst zwischen „Rechten“

und „Linken“, später zwischen „Visionären“ und „Pragmatikern“, danach zwischen „Konservativen“ und „Modernisierern“ und zuletzt zwischen „Konservativen“ und „Reformern“. Das Richtungsschema wird durch weitere Unterscheidungsmerkmale – wie etwa Generationskonflikte – ergänzt. Während in der ersten Generation vor allem durch unmittelbare Revolutionserfahrungen geprägte Geistliche den Ton angeben, zog die zweite Generation, in der die Anzahl von Laien viel größer ist, ihre entscheidenden Lehren eher aus dem irakisch-iranischen Krieg (Parsi 2012: 10). Die 2009 manifeste Krise war nicht zuletzt durch die Tatsache bestimmt, dass die latenten Widersprüche zwischen diesen Generationen eine neue Qualität erreichten.

Die erste Generation, die „alte“ Elite, zu der die Gründerväter der Republik und die Mehrheit des Klerus zählen, war durch die zweite Generation, die „neue“ Elite, bestehend aus Kommandeuren und Veteranen der Revolutionsgarden, der Sicherheitskräfte des Innenministeriums und der Freiwilligenverbände (Basij), in der Regel Laien, herausgefordert worden. Eine kleine, aber machtvolle klerikale Minderheit, zu der auch Revolutionsführer Khomeini, Wächterratsvorsitzender Jannati und der geistige Mentor Ahmadinejads, Ayatollah Mesbah-Yazdi, gehörten, schlug sich in den kritischen Tagen der Erhebung gegen das Wahlergebnis auf die Seite der „neuen“ Elite, weil sie unter ihresgleichen zu viele „unsichere Kantonisten“, das heißt Reformen, vermuteten. Die Galionsfiguren dieser regimereinen Reformen, Mussawi und Karrubi, wurden kaltgestellt, weitere prominente Vertreter wie die Ex-Präsidenten Rafsanjani und Khatami stehen seitdem unter Dauerbeobachtung und -kritik. Die Reformgegner haben nun unter dem Begriff der „Prinzipientreuen“ (*osulgaran*) ein eigenes Lager gebildet. Im Dezember 2010 gaben sie sich eine Charta, zu deren zwölf Grundsätzen die Rettung und Bewahrung der von Khomeini formulierten Grundprinzipien des islamischen Staates gehört; das Modell dieses Staates kulminiert in der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*). Folgerichtig zählt die aktive Unterstützung des „herrschenden Rechtsgelehrten“ inklusive der rückhaltlosen Befolgung seiner Anordnungen und Hinweise ebenfalls zu den Grundsätzen der Charta.¹

Die Flügelkämpfe um Alternativen der revolutionären Entwicklung haben diese bisweilen

behindert und verlangsamt, dem Revolutionsregime aber auch Flexibilität und einen beträchtlichen Spielraum verschafft. Die seit 2009 erfolgte „Austreibung“ der Reformen hat das Regime jetzt auf nur eine seiner ursprünglichen Komponenten reduziert. Die rasante personelle und programmatische Verengung verhindert einerseits keinesfalls neue Reibereien und Machtkämpfe innerhalb der verbleibenden Komponente, mindert aber andererseits die Anpassungsfähigkeit des gesamten Regimes.

Die Kontrahenten

Der Sieger der Präsidentenwahlen von 2009, Mahmud Ahmadinejad, kann als „Prototyp“ sowohl der „Prinzipientreuen“ als auch der „neuen“ Elite gelten. Überaus symbolträchtig begab er sich unmittelbar nach seinem ersten Amtsantritt als Präsident im August 2005 an das Grabmal Khomeinis und verkündete: „Der Weg des Imams ist der absolute Weg der Islamischen Republik ... Er war nicht nur der Führer der Revolution, er bleibt ihre Richtschnur“.² Der vom Krieg mit Irak geprägte Präsident und ehemalige Pasdarankommandeur Ahmadinejad gilt als deren konsequenter Interessenvertreter in der Führung. Zudem ist er kein Geistlicher, sondern erster nichtklerikaler Präsident Irans seit Abolhassan Banisadr's Intermezzo 1981. Im Zusammenhang mit den Wahlen von 2009 ist ausgiebig über die Gründe für seine direkte Unterstützung durch Revolutionsführer Ayatollah Khomeini und andere namhafte Geistliche wie etwa Wächterratschef Jannati spekuliert worden. Wiederholt wurde dabei das Misstrauen dieser Amtsträger gegenüber dem aus ihrer Sicht immer „träger“, „saturierter“ und „kompromissbereiter“ werdenden Verhalten ihrer Standesgenossen angeführt, das den Kern des Systems aushöhle und eines machtvollen Korrektivs von außen bedürfe (Addis 2009).

Nun gehört es fast schon zu den Gesetzmäßigkeiten der iranischen Entwicklung seit 1979, dass die jeweiligen Präsidenten in ihrer zweiten Amtszeit versuchten, ihren Spielraum und ihr Prestige gegenüber dem „herrschenden Rechtsgelehrten“ auszubauen. Rafsanjani und Khatami scheiterten grandios, aber Mahmud Ahmadinejad schätzte seine Chancen durch das eindeutige Bekenntnis des Revolutionsführers zu ihm ungleich besser ein. Er ging davon aus, dass dieser sogar in gewisser Weise abhängig geworden war. Ahmadinejad gebärdete sich immer unabhängiger, ignorierte

¹ Online: <<http://farsnews.com/newstext.php?nn=8910261036>> (26. Januar 2011).

² *International Herald Tribune*, Paris, 21. Dezember 2005.

das Parlament und missachtete Hinweise anderer Regimeinstitutionen wie des Expertenrates, des Wächterrates oder des „Rates für das Staatsinteresse“ (Sicherheitsrat). Sein engster Berater, Esfandiyyar Rahim Mashai, profilierte sich sogar als Verkünder eines „nationalen, iranischen Islams“, der allen anderen Lesarten überlegen sei. Unverhohlen jonglierten Ahmadinejad und Mashai mit einem „Putin-Medwejew“-Modell, wonach der amtierende Präsident die ihm unmögliche dritte Präsidentschaft ab 2013 auf Mashai delegieren würde.

Khamenei sah sich unmittelbar herausgefordert, weil er die Eigenmächtigkeit des Präsidenten bei der Vorausplanung eines so hohen Amtes nicht dulden wollte und der nationalistische Kurs von Mashai seinem eigenen panislamischen Credo fundamental widersprach. Prompt forderte er Ahmadinejad bereits im Juli 2009 schriftlich auf, die Ernennung von Mashai zum ersten Vizepräsidenten umgehend zurückzunehmen. Ahmadinejad ignorierte die Aufforderung sechs Tage lang und reagierte erst, als die Anweisung Khameneis in der Presse erschien. Seine Vollzugsmeldung an den „herrschenden Rechtsgelehrten“ berief sich nicht etwa auf dessen Weisungsrecht, sondern – provokant – auf Paragraph 57 der Verfassung. Überdies ernannte er den entlassenen Mashai ostentativ zu seinem Stabschef. Wenn seine Zustimmungsrate bei der Präsidentenwahl so groß gewesen war, wie von Khamenei bestätigt, dann durfte Ahmadinejad behaupten, von 24 Millionen Iranern gewählt worden zu sein: ein erheblicher Legitimitätsschub (Sohrabi 2011: 4 f.).

Die „Khamenei-treue“ Presse erging sich daraufhin in süffisanten Vergleichen mit Präsident Banisadr, dessen großer Wahlsieg 1981 ihn auch nicht vor dem Sturz bewahrt habe.³ Ahmadinejad, Mashai und deren Anhänger wurden fortan als „abweichende Strömung“ titulierte.⁴ Zu einem nächsten Kräftemessen kam es im April 2011, als Ahmadinejad Geheimdienstminister Heydar Moslehi mit dem Vorwurf entließ, er habe seinen Stabschef Mashai abhören lassen. Einen derartigen Umgang mit dem Chef eines Schlüsselministeriums konnte Revolutionsführer Khamenei ebenfalls nicht dulden. Er setzte Moslehi umgehend wieder ein; Ahmadinejad zog sich fast zwei Wochen lang aus der Öffentlichkeit zurück und dokumentierte damit seine Niederlage. Im Grunde genommen

illustriert der Kampf zwischen Khamenei und Ahmadinejad nur zum Teil die Auseinandersetzung zwischen „alter“ und „neuer“ Elite. Vielmehr geht es im Kern um die Bewahrung der klerikalen Dominanz im Machtgefüge oder deren sukzessive Ersetzung durch im weitläufigen Sicherheitsapparat sozialisierte Laien. Solange sich Letztere ebenfalls als „Prinzipientreue“ verstehen, ist der Ausgang der Konfrontation vorgezeichnet. Die klerikale Macht ist unabhängig vom jeweiligen Träger der *Velaya* erst dann gefährdet, wenn das Prinzip der „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ seine Bindekraft innerhalb des Regimes einbüßt.

Nach der unmittelbaren Eindämmung von Ahmadinejads Ambitionen und der Marginalisierung der Reformer kristallisierten sich im Kernlager der „Prinzipientreuen“ drei Lager heraus: Zum ersten das pragmatisch-konservative Lager, dem prominente Mitglieder der Larijani-Familie, inklusive des bisherigen Parlamentssprechers Ali Larijani, genauso angehören wie Teherans Oberbürgermeister Mohammad Bagher Qalibaf oder Mohsen Rezai, ehemaliger Chef der Pasdaran und gegenwärtiger Sekretär des Expertenrates. Die „pragmatischen Konservativen“ suchen nach einem Ausgleich zwischen den missionarischen Ambitionen der Revolution und den staatlichen Interessen Irans. Sie versuchen, radikale Zuspitzungen des politischen Kampfes zu vermeiden und erklären in der Wirtschaft Augenmaß und Vernunft zu den wichtigsten Qualitätsmerkmalen. Zum zweiten das traditionell-konservative Lager, dem viele wichtige, politisch aktive Geistliche in Qom angehören und dem sich auch der nach wie vor wirtschaftlich mächtige Basar verbunden fühlt. Im Mittelpunkt der Agenda dieses Lagers steht folgerichtig die grundlegende Bewahrung der klerikalen Herrschaft und die Schaffung optimaler Wirkungsbedingungen für den Basar. Das dritte Lager stellen die radikalen „Prinzipientreuen“, die sich als kämpferische, aktive und polemische „Wachhunde“ der Revolution verstehen, und – wie etwa Geheimdienstminister Moslehi – der Meinung sind, dass die eigentliche „Abweichung“ nicht erst mit den Wahlen von 2009 begann, sondern bereits mit dem „Wiederaufbaukurs“ Rafsanjanis ab 1988 und den Reformbemühungen Khatamis ab 1997 (Farhi 2012: 33). Auch Ahmadinejad zählte bis zu seiner Zurückdrängung zu diesem Lager genauso wie sein geistiger Mentor, Ayatollah Mesbahi Yazdi, oder die mächtigen Ayatollahs Mahdavi Kani und Jannati.

Auf Grund dieser unterschiedlichen Standpunkte und Prioritäten herrscht auch im Lager

3 Online: <www.farsnews.com/newstext.php?nn=9002180184> (11. Februar 2012).

4 Online: <www.irdiplomacy.ir/en/news/22/bodyView/9503/0/Chronology.of.Controversy.html> (22. Januar 2012).

der „Prinzipientreuen“ Dauerzwist über die Verteilung der politischen und ökonomischen Macht, den innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Kurs, die Durchsetzung kultureller und religiöser Normen, sowie – nicht zuletzt – den Umgang mit der Opposition. Der Kampf wird durch persönliche Rivalitäten, selbst innerhalb der Subgruppen, weiter zugespitzt. Ayatollahs des radikalen Lagers wetteifern hinter den Kulissen bereits eifrig um die besten Positionen bei der Nachfolge des amtierenden herrschenden Rechtsgelehrten.⁵

Der Wahlkampf

Ayatollah Khamenei appellierte wiederholt an seine Anhänger, im Wahlkampf geschlossen aufzutreten und die Energien nicht auf den Kampf gegeneinander, sondern auf die Auseinandersetzung mit den „Aufrührern“ (Sammelbegriff für Reformler und Anhänger der „grünen Bewegung“) und „Abweichlern“ (Ahmadinejad, Mashai und Getreue) zu konzentrieren. Damit war ein lebendiger Wahlkampf quasi unterbunden. Es herrschten kleinliche Animositäten zwischen den „Prinzipientreuen“ und eine „Schlammschlacht“ gegen „Aufrührer“ und „Abweichler“ vor.

Khamenei beabsichtigte in erster Linie, die Zahl der „Abweichler“ im neuen Parlament möglichst klein zu halten. „Linientreue“ Medien brachten deshalb fortan alle Schwächen und Unzulänglichkeiten der aktuellen Situation mit dem Unvermögen der „Abweichler“ in Verbindung. Diese würden sich nicht an die geltenden Normen und Werte halten, „schwarze Magie“ betreiben und seien korrupt. Höhepunkt dieser Kampagne war der Vorwurf, prominente „Abweichler“ seien in einen gigantischen Finanzbetrug verwickelt, der den Anlegern Verluste von fast drei Mrd. US-Dollar eingebracht habe (Bakhash 2011). Einen direkten Angriff auf das Präsidentenamt behielt sich Khamenei selbst vor.

Im Oktober 2011 erklärte er, dass es erhebliche Vorteile habe, den Chef der Exekutive durch das Parlament wählen zu lassen. Eine diesbezügliche Gesetzesänderung stelle kein Problem dar.⁶ Damit würde der 1989 abgeschaffte Posten des Ministerpräsidenten zulasten des Präsidentenamtes wiederbelebt. Khamenei unterschlug dabei, dass es bis 1989 beide Ämter gegeben hatte. Die Streichung des direkt gewählten und damit zweitstärksten

politischen Amtes der Islamischen Republik und die Ersetzung durch ein Ministerpräsidentenamt, dessen Inhaber durch die indirekte Wahl ungleich schwächer wäre, hätte dem „herrschenden Rechtsgelehrten“ einen erheblichen Machtzuwachs verschafft. Außerdem würden damit die latent kontroversen Präsidentschaftswahlen zugunsten der in der Regel deutlich weniger brisanten Parlamentswahlen entfallen, die viel stärker von lokalen Interessen beeinflusst sind. Trotzdem könnte die Führung behaupten, dem Prinzip kompetitiver Wahlen weiterhin verpflichtet zu sein (Farhi 2012: 32).

Ex-Präsident Rafsanjani entwickelte sich zum schärfsten Kritiker dieser Absichten. Da Rafsanjani trotz zahlreicher früherer und gegenwärtiger Ämter in der Islamischen Republik und versehen mit dem Nimbus eines ihrer Gründerväter wegen seiner ausgleichenden Appelle während und nach den kontroversen Wahlen von 2009 in das Visier der „Prinzipientreuen“ geraten war, wäre es Khamenei leicht gefallen, die Kritik zu ignorieren. Als sich jedoch immer mehr Vertreter der „alten Elite“ mit dem Vorwurf zu Wort meldeten, Staatsgründer Khomeini habe ausdrücklich ein duales, republikanisches System gewünscht, während Khamenei dabei sei, es abzuschaffen, begrub dieser seine Initiative (Aydin 2012: 8).

Im Reformlager herrschte zu Beginn des Wahlkampfes der Tenor vor, dass eine Wahlbeteiligung bei fortgesetzter Verfolgung und Unterdrückung seiner Anhänger nur dem herrschenden Regime in die Hände arbeite, weil es damit die Fiktion freier und kompetitiver Wahlen aufrechterhalten könne. Als aber radikale „Prinzipientreue“ und selbst der Wächterrat die Losung ausgaben, die „Aufwiegler“ hätten keinerlei Recht und Chance, an den Wahlen überhaupt teilzunehmen, meldeten sich auch Gegenstimmen unter den Reformern. Sie fragten, ob man es dem Regime mit einem Wahlboykott nicht zu leicht mache, den Reformgedanken für die nächsten vier Jahre aus dem Parlament zu verbannen. Diese Uneinigkeit schwächte das Reformlager weiter. Symptomatisch dafür sah es Ex-Präsident Khatami im November 2011 noch als seine zentrale Verantwortung an, die Reformler in einen engagierten Wahlkampf zu führen,⁷ um im Dezember 2011 zu erklären, dass es „sinnlos“ wäre, sich an einem Wahlkampf zu beteiligen, der im Zeichen der alleinigen Aushandlung der Parlamentssitze unter den drei Fraktionen des konservativen

5 Online: <www.insideiran.org/featured/regime-strategies-over-upcoming-parliamentary> (21. Dezember 2011).

6 Online: <http://english.khamenei.ir/index.php?option=com_content&task=view&id=1542&Itemid=2> (20. Dezember 2011).

7 Online: <<http://irdiplomacy.ir/en/news/30/bodyView/1896681/0/Tehrans.Daily.Newspaper.Review.html>> (27. Dezember 2011).

Lagers stünde.⁸ Rafsanjani, seiner Vita gemäß eher dem pragmatischen als dem Reformlager zuzuordnen und daher als Mittler ungleich besser geeignet als Khatami, sprach sich hingegen vehement für eine möglichst umfassende Beteiligung an den Wahlen aus. „Mein Rat an die Unzufriedenen lautet, sich zu beteiligen. Die Revolution gehört allen. Es sollten sich sogar die beteiligen, die nichts mit der Revolution zu tun und keinen Anteil an ihr hatten. Alle müssen teilnehmen ... Wir müssen Reformen einleiten, um zu sichern, was wir haben.“⁹ Zerrieben zwischen diesen widersprüchlichen Ratschlägen, versuchten viele Reformer, als „Unabhängige“ auf die Wahllisten zu kommen. Wahlumfragen ließen erkennen, dass reformorientierte Wähler in größerer Zahl bereit waren, für ihre Kandidaten zu stimmen, als es den „Prinzipientreuen“ Recht sein konnte, aber deutlich weniger, als es sich etwa Rafsanjani erhoffte, um den Reformgedanken im zukünftigen Parlament zu verankern.¹⁰

Das Innenministerium meldete am 30. Dezember 2011, dass sich insgesamt 5.283 Kandidaten, darunter 490 weibliche, für die Besetzung der 290 Parlamentssitze registriert hätten. Allein in der Hauptstadt Teheran hätten sich insgesamt 1.006 Kandidatinnen und Kandidaten um die Zulassung beworben.¹¹ Der Wächterrat ließ aber nur insgesamt 3.250 (circa 60 Prozent) der Bewerber zu.¹² Eingedenk der Ermahnungen Khameneis zur Einigkeit schröpfte er dabei die Fraktionen der „Prinzipientreuen“ prozentual etwa gleich und konzentrierte sich eher darauf, namhafte Reformer von der Wahl auszuschließen. Unter diesen Bedingungen versprochen die Wahlen kaum wirkliche Überraschungen.

Das Ergebnis

Das Innenministerium gab unmittelbar nach Schließung der Wahllokale eine Wahlbeteiligung von 64,2 Prozent an.¹³ Im Vergleich zu bisherigen Parlamentswahlen wirkt die Zahl sehr solide und kündigt von der Erreichung eines der zentralen Ziele der Revolutionsführung, mit diesem Ergebnis die Rückkehr zur Normalität zu signalisieren. Unabhängige Bestätigungen dieser Zahl liegen jedoch

nicht vor und die Opposition äußerte erhebliche Zweifel.¹⁴ Geschönt oder nicht – das befürchtete Debakel für das Regime blieb jedenfalls aus. Dafür werden in der Regel drei Hauptgründe genannt:

1. Die Verstärkung des internationalen Sanktionsdrucks im Zusammenhang mit der Nuklearfrage und die wiederholt apostrophierte Gefahr eines ausländischen Militärschlags ließ die Führung leicht an den Patriotismus der Bevölkerung appellieren und Sicherheitsaspekte in der persönlichen Prioritätenliste der Wähler nach vorne rücken.
2. Die starke Relevanz lokaler Interessen stand für das Wahlverhalten der Bevölkerung im Vordergrund. Viele Wähler in der Provinz waren weniger an außenpolitischen Fragen als vielmehr an der Berücksichtigung der Belange ihres unmittelbaren Lebensumfeldes durch möglichst durchsetzungsstarke Vertreter im Parlament interessiert.
3. Personen, die direkt oder indirekt Staatsbedienstete sind, befinden sich in großer Abhängigkeit. Für sie ist der Nachweis des Urnengangs essentiell.¹⁵

Der Aufruf Khameneis an seine Anhänger, Einigkeit zu demonstrieren, funktionierte letztlich nur in der Abgrenzung zu Dritten. Innerhalb der „Prinzipientreuen“ fand ein erbitterter Kleinkrieg statt; allein in Teheran füllten deren Kandidaten zehn verschiedene Listen. Im Ergebnis übertrumpfte Ayatollah Mahdavi-Kani seinen Rivalen Mesbahi-Yazdi; auch der derzeitige Parlamentssprecher Ali Larijani und der Schwiegervater von Khameneis Sohn Mojtaba, Gholamali Haddad Adel, schnitten – Letzterer in Teheran – gut ab. Im Kern ging es aber darum, wie sich die „prinzipientreuen“ Anhänger Khameneis gegenüber ihren Kontrahenten, namentlich den „Abweichlern“ um Präsident Ahmadinejad, behaupten würden. Nach Auszählung von 90 Prozent der Stimmen nehmen Khameneis Anhänger drei Viertel der 290 Parlamentssitze ein. Sie gewannen dabei auch 19 der 30 in Teheran zu vergebenden Mandate. Pro-Khamenei-Kandidaten setzten sich in den „heiligen Städten“ Qom und Mashhad, aber auch in Großstädten wie Isfahan und Täbris durch, wo 2009 angeblich über 90 Prozent Ahmadinejad unterstützt hatten. 70 Prozent Stimmenanteil erzielten sie in den ländlichen Gebieten, ebenfalls traditionellen Bastionen des Präsidenten. Hier schnitten

⁸ Abdo, Geneive: *On the sidelines of Iran's elections*, online: <www.insideiran.org/news/on-the-sidelines-of-irans-election/> (2. März 2012).

⁹ *Jomhori-ye Eslami*, 10. Februar 2012.

¹⁰ Online: <<http://rahesabz.net/story/47088/>> (4. Januar 2012).

¹¹ Online: <<http://khabaronline.ir/detail/191803/politics/election>> (6. Januar 2012).

¹² *IRNA*, 7. Februar 2012.

¹³ *Tehran Times*, 4. März 2012.

¹⁴ Vahidmanesh, Parvaneh: *Iranian Voters Doubt Official Election Results*, online: <www.insideiran.org/featured/iranian-voters-doubt-official-election-results/> (7. März 2012).

¹⁵ Ebenda.

Unabhängige, darunter Reformer und Frauen, relativ erfolgreich ab, die sich immerhin in die verbleibenden 30 Prozent teilten.¹⁶ Neben der soliden Wahlbeteiligung künden auch diese Zahlen per Saldo von einem Erfolg Khameneis.

Ausblick

Das Eindämmen der Ambitionen Ahmadinejads und der deutliche Wahlsieg der „Prinzipientreuen“ haben die Macht von Revolutionsführer Khamenei erhöht und – zumindest kurzfristig – sicherer gemacht. Dabei bleibt allerdings offen, ob der Erfolg von Dauer sein wird. Die Basis des Regimes schrumpfte und der „herrschende Rechtsgelehrte“ agiert nicht länger als quasi sakrosankter, „über den Dingen stehender“ Vermittler, sondern als Partei in der Tagespolitik. Damit trug Khamenei selbst dazu bei, die Instanz der *Velayat-e Faqih* zu beschädigen. Gegenwärtig unternimmt der Revolutionsführer sogar wieder Anstrengungen, den in die Schranken gewiesenen Ahmadinejad nicht vollends zu verprellen. Dabei geht es ihm weniger um die Person des Präsidenten als um dessen nach wie vor wichtige Anhängerschaft, die vor allem auf dem Land bei den unteren Mittelschichten und der Stadtarmut zu finden ist: die „klassischen“ Unterprivilegierten und Unterdrückten (*mostazafin*), die Ayatollah Khomeini weiland zu den Hauptnutznießern seiner Revolution erklärt hatte. Außerdem hat Ahmadinejad als prominente Identifikationsfigur der „neuen Elite“ in seiner bisherigen Amtszeit erhebliche Mühe darauf verwandt, seine Anhänger an Schaltstellen des Staats-, Wirtschafts- und insbesondere des Sicherheitsapparates zu platzieren. Die Revolutionsgarden sind zwar als Ganzes auf den „herrschenden Rechtsgelehrten“ eingeschworen, aber Khamenei kann nicht daran gelegen sein, Teile des Offizierskorps in Loyalitätskonflikte zu bringen.

Damit ist eine zweite wichtige Resultante der jüngsten Entwicklung in Iran angesprochen, die sich in der Zukunft noch vertiefen dürfte: die Konzentration der Macht in sicherheitsrelevanten Institutionen des Staates zulasten anderer Verfassungsorgane. Das Büro des Revolutionsführers, das Geheimdienstministerium, die Revolutionsgarden und die Justizgewalt sind die entscheidenden, fest miteinander verwobenen Machtorgane der Islamischen Republik Iran.

¹⁶ Hafezi, Parisa, und Hashem Kalantari (2012), *Khamenei allies trounce Ahmadinejad in Iran elections*, online: <www.reuters.com/assets/print?aid=USTRE82306420120304> (12. März 2012).

Innerhalb des Lagers der „Prinzipientreuen“ haben die pragmatischen Konservativen im Allgemeinen und die Larijani-Familie im Besonderen das beste Wahlergebnis erzielt. Die Larijanis sind mit den vier genannten wichtigsten Institutionen der Macht in Iran fest liiert; der bisherige Parlamentssprecher Ali Larijani genießt das Vertrauen Khameneis. Unabhängig von einzelnen Personen lässt die Geschichte bisheriger Wahlen seit der Revolution in Iran erwarten, dass die 2012 siegreiche politische Richtung über die besten Chancen verfügt, auch die Präsidentschaftswahlen von 2013 für sich zu entscheiden. Die Parlamentswahlen von 1996 nahmen den Sieg der Reformer um Khatami 1997 de facto genauso vorweg, wie die Wahlen von 2004 den Triumph Ahmadinejads 2005. Deshalb scheint es nicht vermessen, sich ab 2013 auf einen „prinzipientreuen“, pragmatisch-konservativen Präsidenten der Islamischen Republik Iran einzustellen.

Literatur

- Addis, Casey L. (2009), *Iran's 2009 Presidential Election*, Washington, D.C.: Congressional Research Service.
- Alfoneh, Ali (2011), *Ahmadinejad versus Khamenei: IRGC wins, civilians lose*, Washington, D.C.: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Aydin, Erdem (2012), *A Separation? The Principlist Divide and the Parliamentary Elections in Iran*, Istanbul: TESEV Foreign Policy Programme.
- Bakhash, Shaul (2011), *The Security State and its Fractured Elites*, Middle East Program Occasional Paper Series, Washington, D.C.: Woodrow Wilson.
- Dabashi, Hamid (2011), *The Green Movement in Iran*, New Brunswick: Transaction Publications.
- Farhi, Farideh (2012), *Factional Politics and the Islamic State*, in: Rouzbeh Parsi (Hrsg.), *Iran: A Revolutionary Republic in Transition*, Chaillot Papers, 128, Paris: EU Institute for Security Studies, 23-40.
- Nader, Alireza, David E. Thaler und S. R. Bohandy (2011), *The next supreme leader: succession in the Islamic Republic of Iran*, Santa Monica: Rand National Defense Research Institute.
- Parsi, Rouzbeh (Hrsg., 2012), *Iran: A Revolutionary Republic in Transition*, Chaillot Papers, 128, Paris: EU Institute for Security Studies.
- Smith, Ben (2011), *Power Struggle in Iran*, London: House of Commons Library.
- Sohrabi, Naghmeleh (2011), *The Power Struggle in Iran: A Centrist Comeback?*, Middle East Brief, 53, Waltham: Brandeis University.

■ Der Autor

Prof. Dr. Henner Fürtig ist Direktor des GIGA Instituts für Nahost-Studien. Spezialgebiet seiner wissenschaftlichen Forschung ist die Neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion.

E-Mail: <fuertig@giga-hamburg.de>; Website: <<http://staff.giga-hamburg.de/fuertig>>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird Iran am GIGA in drei unterschiedlichen Forschungszusammenhängen behandelt. Reaktionsmuster auf externen Druck werden im Rahmen des Forschungsteams „Pariastaaten und Sanktionen“ im Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“ untersucht. Im gleichen Forschungsschwerpunkt stehen Fragen der islamistischen Staatsideologie auf der Agenda des Forschungsteams „Religion, Konflikt und Politik“. Möglichkeiten und Grenzen einer regionalen Führungsrolle Irans werden im Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ analysiert.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin (2009), *Oil-rent Boom in Iran?*, GIGA Working Paper, 111, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Borszik, Oliver (2011), „Islamisches Erwachen“ statt Selbstbefreiung: Irans Aneignungsversuche der arabischen Revolte, GIGA Focus Nahost, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

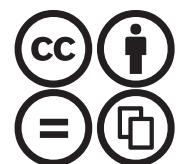
Fürtig, Henner (2009), *Turbulente Wahlen in Iran: Die Islamische Republik am Scheideweg?*, GIGA Focus Nahost, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Fürtig, Henner (2012), Das postrevolutionäre Regime im Iran: Theokratie oder Republik?, in: Bernd Oberdorfer und Peter Waldmann (Hrsg.), *Machtfaktor Religion. Formen religiöser Einflussnahme auf Politik und Gesellschaft*, Wien: Böhlau, 142-166.

Fürtig, Henner, und Susanne Gratius (2010), Iran and Venezuela: Ideology-Driven Foreign Policies in Comparison, in: Daniel Flemes (Hrsg.), *Regional Leadership in the Global System. Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, London: Ashgate, 169-190.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM